

**Antragsbuch für die
Kreisdelegiertenversammlung
am 5. April 2025**

Inhaltsverzeichnis

L Anträge für den Landesparteitag **1**

1/1/2025 **AfA Tempelhof-Schöneberg**
1/1/2025 Arbeitszeitgesetz: Flexibilisierung durch Tarifverträge statt betrieblicher Willkür
..... **1**

2/1/2025 **AfA Tempelhof-Schöneberg**
2/1/2025 Resolution - Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zur Bundestagswahl 2025 -
Verantwortung übernehmen
..... **3**

3/1/2025 **Abt. 6 - Schöneberg-City**
3/1/2025 Nichtmilitärische Friedenssicherung ebenfalls stärken!
..... **4**

L Anträge für den Landesparteitag

Antrag 1/I/2025

AfA Tempelhof-Schöneberg

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Arbeitszeitgesetz: Flexibilisierung durch Tarifverträge statt betrieblicher Willkür

- 1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
- 2 werden aufgefordert sicher zu stellen, dass
- 3 die folgenden Punkte des Arbeitszeitgesetzes
- 4 auch in Zukunft unverändert gelten:
- 5 1. Die werktägliche Arbeitszeit darf acht
- 6 Stunden weiterhin nicht überschreiten.
- 7 2. Es bleibt bei mindestens 30 Minuten
- 8 Pause nach sechstündiger bzw. 45 Mi-
- 9 nuten Pause nach neunstündiger Ar-
- 10 beit.
- 11 3. Beschäftigte behalten ihren Anspruch
- 12 auf eine ununterbrochene Ruhezeit von
- 13 mindestens elf Stunden nach Beendi-
- 14 gung der täglichen Arbeitszeit.
- 15 Flexibilisierung von Arbeitszeiten dürfen nur
- 16 über Tarifverträge erfolgen. Dies ist bei ei-
- 17 ner Reform des Arbeitszeitgesetzes zu be-
- 18 rücksichtigen. Darüber hinaus ist in das Ar-
- 19beitszeitgesetz aufzunehmen, dass eine lü-
- 20ckenlose, für Arbeitnehmer*innen nachvoll-
- 21ziehbare, Erfassung der Arbeitszeit in jedem
- 22 Betrieb zu erfolgen hat.

23

24 **Begründung**

25 Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen
26 zwischen CDU/CSU und SPD auf Bun-
27desebene ist die CDU/CSU bestrebt, dass
28 Arbeitszeitgesetz zu verändern. Es soll statt
29 einer täglichen nur noch eine wöchentli-
30 che Höchstarbeitszeit gesetzlich geregelt
31 werden. Dem kann aus Arbeitsschutz-
32gründen nicht zugestimmt werden. Der
33 sog. Acht-Stunden-Tag ist eine Errungen-
34 schaft der Arbeiterklasse und der SPD zu
35 Beginn der Weimarer Republik. Die SPD-
36 Bundestagsfraktion wird daher aufgefordert,
37 Änderungen im Arbeitszeitgesetz nur zu-
38 zustimmen, wenn eine Flexibilisierung
39 nur über Tarifverträge erfolgt. Betriebliche

40 Willkür darf es nicht geben.

|

Antrag 2/I/2025

AfA Tempelhof-Schöneberg

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Resolution - Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zur Bundestagswahl 2025 - Verantwortung übernehmen

- 1 Der Beschluss des Parteivorstands vom
- 2 03.03.2025 reicht nicht aus, um den Weg zur
- 3 Erneuerung der SPD zu beschreiten. Neben
- 4 den inhaltlichen Fragen muss auch die per-
- 5 sönliche Verantwortung für das schlechteste
- 6 Wahlergebnis in der Geschichte der SPD auf
- 7 Bundesebene eine Rolle spielen.
- 8 Die SPD Berlin erwartet, dass die Parteispitze,
- 9 die maßgebend die Frage des Kanzlerkandi-
- 10 daten und der Ausrichtung des Wahlkampfes
- 11 und seiner Themen zu verantworten hat, die
- 12 persönlichen Konsequenzen zieht und den
- 13 Weg für eine Erneuerung frei macht.
- 14 Ein „Weiter so“ wäre unglaubwürdig und in-
- 15 nerhalb sowie außerhalb der Partei nicht zu
- 16 vermitteln.

Antrag 3/I/2025

Abt. 6 - Schöneberg-City

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Nichtmilitärische Friedenssicherung ebenfalls stärken!

1 Neben den bereits beschlossenen zusätz-
2 lichen Mitteln für Verteidigung und Maß-
3 nahmen der Inneren- und Cyber-Sicherheit
4 sollen auch zusätzliche Haushaltsmittel für
5 nichtmilitärische Friedenssicherung, Ent-
6 wicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprä-
7 vention und Konfliktregelung, humanitäre
8 Hilfe sowie die Stärkung der Vereinten Na-
9 tionen und der Organe der Internationalen
10 Gerichtsbarkeit bereitgestellt werden.

11

12 Begründung

13 Die Folgen der auf eine Zerstörung der regel-
14 basierten internationalen Ordnung wie der
15 Grundlagen der bisherigen transatlantischen
16 Beziehungen, aber auch auf Aushöhlung glo-
17 baler humanitärer Sicherungssysteme aus-
18 gerichteten Politik der Trump-Administration
19 – Flucht, Vertreibung, Hunger und Elend in
20 vielen Teilen der Welt – können nicht al-
21 lein durch Stärkung der Verteidigungsfähig-
22 keit Deutschlands und Europas aufgefangen
23 werden, sondern bedürfen einer gleichwer-
24 tigen Stärkung der nichtmilitärischen Mittel
25 der Friedenssicherung.